

# „Alle Züge des Terrors“

## Israel führt erneut Krieg gegen die Bevölkerung von Gaza und dem Libanon – Bundesregierung billigt Angriffe

Wochenlang hatte sich die israelische Regierung nach den palästinensischen Wahlen darum bemüht, einen Vorwand für eine erneute Eskalation zu provozieren. Fortgesetzte terroristische Anschläge der israelischen Armee forderten viele Opfer unter der palästinensischen Bevölkerung. Die Gefangennahme eines israelischen Soldaten genügte nun für einen umfassenden zerstörerischen Angriff auf den Gazastreifen. Hier hatte die Versorgung bereits zuvor sehr stark unter der auch von den EU-Staaten unterstützten Blockade gelitten. Nun droht eine humanitäre Katastrophe. Nach der Gefangennahme zweier Soldaten durch die libanesische Hisbollah flog die israelische Luftwaffe ihre schwersten Luftangriffe auf den Libanon seit der Invasion von 1982, mindestens 50 Menschen wurden dabei getötet.

Mit der Zerstörung des größten Elektrizitätswerks im Gazastreifen zu Invasionsbeginn am Mittwoch traf die israelische Armee den Lebensnerv der ohnehin schon leidgeprüften Bevölkerung. Viele Menschen, darunter ein 18 Monate altes Kind wurden bereits getötet, Dutzende verletzt. „Ohne Strom fallen Wasserpumpen aus, der Sprit für Generatoren wird knapp, Kliniken haben nicht genügend Medikamente“, so Spiegel online.

**Israels Angriffe "tragen alle Züge des Terrors, den die israelische Regierung gegenüber der eigenen Bevölkerung immer so beklagt" so auch Norman Paech**, außenpolitischer Sprecher der Linksfraktion.

In einem beispiellosen Akt politischen Kidnappings nahmen israelische Soldaten zudem im Westjordanland ein Drittel aller Minister gefangen. Insgesamt 64 palästinensische Politiker wurden nach Israel verschleppt, sodass nicht nur die palästinensische Regierung handlungsunfähig ist, sondern auch das demokratisch gewählte Parlament und etliche Städte, deren Bürgermeister ebenfalls entführt wurden.

Die **Bundesregierung hat Israel** faktisch ihre **Zustimmung** zu den völkerrechtswidrigen Kriegseinsätzen im Gazastreifen **gegeben** und das beispiellose Kidnapping gebilligt. Sie sehe die Verhaftung „mit Sorge“ und bitte Israel bei „Repressionsmaßnahmen“ gegenüber Palästinensern „Augenmaß“ walten zu lassen, so ihr Pressesprecher. Nicht das sofortige Ende des Angriffs und die Behebung der angerichteten Schäden wird gefordert, sondern allein die Freilassung des einen gefangenen israelischen Soldaten.

Die **Regierung verteidigte** auch trotz der vielen zivilen Opfer die **Bombardierung libanesischer Städte**. Ursache und Wirkung dürften nicht verwechselt werden. Auslöser sei schließlich die „Verschleppung“ israelischer Soldaten. – Sehr weit hat man sich in den herrschenden Kreisen Deutschlands offensichtlich

Die einseitige Parteinahme der westlichen Staaten im israelisch-palästinensischen Konflikt zugunsten Israels und die Duldung der gegen jedes internationale Recht verstoßenden Politik des Landes wird auch Thema bei den Protesten anlässlich des Besuchs von Präsident Bush in Stralsund am 13. Juli sowie der G8-Gipfels am 15. Juli sein.

nicht von der Logik der Wehrmacht in Griechenland, Jugoslawien und Kreta entfernt, die für jeden gefallenen Wehrmachtssoldaten die Exekution von 50 einheimischen Zivilisten forderte.

Die **Anwendung der Kollektivstrafe** gegenüber der gesamten Bevölkerung aber, obwohl typisches Vorgehen militärischer Besatzungsmächte, ist nach den Genfer Konventionen ein **klares Kriegsverbrechen**.

### Wir fordern von Israel

- sofort den die militärische Aggression gegen die Palästinenser zu beenden
- die israelische Truppen zurückziehen
- Aufnahme ernsthafter Verhandlungen mit der palästinensischen Regierung ohne Vorbedingungen

Israel könnte seine völkerrechtswidrige und menschenverachtende Politik ohne die massive Unterstützung der USA, aber auch Deutschlands und der EU nicht fortsetzen. **Wir fordern daher – im Einklang mit der israelischen Friedensbewegung – von der Bundesregierung und der EU:**

- eine eindeutige Verurteilung der israelischen Aggression gegen Gaza und den Libanon
- die Anerkennung des Ergebnis der palästinensischen Wahlen und insbesondere ein Ende der Blockade von Westbank und Gaza
- Einstellung der Lieferung von Waffen und Rüstungsgütern, insbesondere von hoch subventionierten atomar bestückbaren U-Boote, an Israel
- Die Aussetzung des Freihandelsabkommens mit Israel, bis dieses seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen nachgekommen ist, insbesondere: Abschaffung der Mauer, vollständiger Rückzug von den 1967 besetzten Gebieten, Erlaubnis zur Rückkehr der 1948 und seither vertriebenen Palästinenser bzw. deren Entschädigung.

Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg